

§. 20. Die Ober-Präsidenten haben sofort die Wahlkreise für die Wahl der Abgeordneten, die Wahl-Commissare und die Wahlorte zu bestimmen, auch davon, daß dies geschehen, die Wahl-Vorsteher zu benachrichtigen.

§. 21. Die Wahlvorsteher reichen die Wahlprotocolle dem Wahlcommissar ein. Der Wahlcommissar stellt aus den eingereichten Wahlprotocollen ein Verzeichniß der Wahlmänner seines Wahlbezirks auf und ladet dieselben schriftlich zur Wahl des Abgeordneten ein.

§. 22. Die Wahlverhandlung wird mit Vorlesung der §§. 37 bis 42 der Verordnung, so wie der §§. 22 bis 26 dieses Reglements, eröffnet. Im Uebrigen kommen die Bestimmungen des §. 11 dieses Reglements zur Anwendung.

§. 23. Der Abgeordnete wird in der Art gewählt, daß jeder aufgerufene Wahlmann den Namen desjenigen nennt, dem er seine Stimme gibt. Den vom Wahlmann genannten Namen trägt der Protocollführer neben den Namen des Wahlmannes in die Wahlmänner-Liste ein, wenn der Wahlmann nicht verlangt, den Namen selbst einzutragen.

§. 24. Hat sich auf keinen Candidaten die absolute Stimmen-Mehrheit vereinigt, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten. Dabei kann keinem Candidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur eine Stimme gehabt hat. Die zweite Abstimmung wird unter den übrigen Candidaten in derselben Weise, wie die erste, vorgenommen. Jede Wahlstimme, welche auf einen anderen, als die in der Wahl gebliebenen Candidaten fällt, ist ungültig. Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt in jeder der folgenden Abstimmungen derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Candidaten vereinigt hat. Stehen sich mehrere in der geringsten Stimmenzahl gleich, so entscheidet das Loos, welcher aus der Wahl fällt. Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Candidaten noch Statt findet und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet ebenfalls das Loos. In beiden Fällen ist das Loos durch die Hand des Wahl-Commissars zu ziehen.

§. 25. Ueber die Gültigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet der Wahlvorstand.

§. 26. Der Gewählte ist von der auf ihn gefallenen Wahl durch den Wahlcommissar in Kenntniß zu setzen und zur Erklärung über die Annahme derselben, so wie zum Nachweise, daß er nach §. 41 der Verordnung wählbar ist, aufzufordern. Annahme unter Protest oder Vorbehalt, so wie das Ausbleiben der Erklärung binnen acht Tagen von der Zustellung der Benachrichtigung, gilt als Ablehnung. In Fällen der Ablehnung oder Nichtwählbarkeit hat der Ober-Präsident sofort eine neue Wahl zu veranstalten.

§. 27. Sämmtliche Verhandlungen, sowohl über die Wahl der Wahlmänner, als die Wahl des Abgeordneten, werden von dem Wahlcommissar dem Ober-Präsidenten gehörig geheset eingereicht, welcher dieselben dem Minister des Innern zur weiteren Veranlassung vorzulegen hat.

Berlin, 4. December 1849.

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Martuffel. von Strotha. von der Heydt. von Rabe. Simons. von Schleinitz.

Deutschland.

Berlin, 7. December. Der Finanzminister legte heute der zweiten Kammer den Staatshaushalts-Etat für 1850 vor, um denselben im Verfassungsmäßigen Wege feststellen zu lassen. Die Einnahmen sind darin auf 91,302,353 Thlr., die Ausgaben auf 91,293,140 Thlr. berechnet, so daß ein Ueberschuß von 9,243 Thlr. vorhanden ist. Als außerordentliche Ausgaben sind notirt 4,934,213 Thlr.; sie bestehen hauptsächlich in Summen, welche für Bauten verwendet worden sind. Der Etat ist begleitet von einem Bericht über die Abänderungen in Beziehung auf den Etat von 1849, dessen Feststellung bekanntlich bis zur Vorlegung des ersten Vorbehalten blieb. Außerdem legte der Finanz-Minister zwei Denkschriften vor über den Plan zur Deckung der für 1849 erforderlich gewordenen und für 1850 noch erforderlichen Ausgaben. Die Mehrausgaben für die Feldzüge in Holstein, in der Pfalz, in Baden und anderwärts betragen 10,400,000 Thlr., wovon 300,000 als erspart in Gegenrechnung kommen. Ferner kommen als Mehrausgabe in Betracht für 1849 die im Etat nicht vorgesehunden 78,991 Thlr. für die preussischen Abgeordneten in Frankfurt und 266,738 Thlr. als Mehrbeträge der Kosten für die hiesigen beiden Kammern im vergangenen Frühjahr. Die Denkschrift führt in einem besonderen Plane näher aus, in welcher Weise diese Mehrausgaben für 1849 gedeckt und für 1850 noch erforderlichen 5 Mill.

Thlr. Extraordinaria, so wie die gleiche Summe von 5 Mill. zum Zwecke der Eisenbahnbauten, zusammen also die Summa von 20 1/2 Mill. Thlr., beschafft werden sollen. Demnach würden zunächst diejenigen 5 Mill., welche für 1849 auf den Eisenbahn-Bau fallen, von den bereits bewilligten 21 Mill. in Abrechnung kommen können, und somit nur 16 Mill. dafür erforderlich sein. Der Finanz-Minister berechnet ferner, daß aus Beständen etwa 8 Mill. flüssig gemacht, die übrigen 12 1/2 Mill. aber beschafft werden könnten, wenn ihm die Disposition über verschiedene, von ihm näher bezeichnete Fonds ertheilt würde. Zuerst erwähnt er eines Fonds von 6 Mill. Thlr. Staatsschuldscheinen, die aus dem Staatschatz herühren und bis als Deposita für die gleiche Summe von Cassenanweisungen gedient haben. Ferner sind in früheren Jahren der Bank 6 Mill., und der Seehandlung 2 Mill. Cassenanweisungen übergeben worden. Die Bank hat von der ihr übergebenen Summe bereits bis 1,100,000 Thlr. abgelöst, die, wenn sie jetzt zurückgegeben würden, vernichtet werden müßten. Nach dem Vorschlage des Finanz-Ministers wären sie jedoch zu erhalten und der General-Staatskasse als weiteres Deckungsmittel zu übergeben. Das Gleiche würde geschehen mit den 2 Mill. der Seehandlung. Sonach wären hieraus 3,100,000 Thlr. gut zu schreiben, welche mit obigen 6 Mill. eine Summe von 9,100,000 Thlr. zur Deckung hergeben. Ein weiteres Hülfsmittel würde dann sein, daß dem Finanz-Minister die Cautions-Depositen bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden zur Disposition gestellt würden. Sie betragen 3,400,000 Thlr. in Staatsschuldscheinen. Der letzte Rest von 500,000 Thlrn. soll dann aus den Kriegskosten genommen werden, welche für mehrere deutsche Staaten liquidirt sind und gegen 2 1/2 Mill. Thlr. betragen.

Münster, 9. December. Von vierzehn Mitgliedern unseres Stadtverordneten-Collegiums, größtentheils der demokratischen Partei angehörig, ist der Antrag gestellt worden, Waldeck das Ehrenbürgerrecht zu ertheilen und ihm bei seinem etwaigen Eintreffen hieselbst von Seiten der Stadt ein Festessen zu geben. Da das Collegium überhaupt nur aus 30 Mitgliedern besteht, so ist es möglich, daß beide morgen zur Berathung kommende Anträge die Majorität erlangen; allein damit ist die Sache alsdann noch keineswegs entschieden, da hierbei die Zustimmung des Magistrats gleichfalls erforderlich ist und diese wohl aus Rücksichten, welche höher stehen dürften als eine derartige Demonstration, ausbleiben möchte. Ob Waldeck hier eintreffen wird ist noch völlig unbestimmt; wenigstens soll er sich in Briefen an seine hier wohnende Schwester über diesen Gegenstand noch gar nicht ausgelassen haben. Möchte dies indessen der Fall sein, so würde sich alsdann gewiß nicht bloß die Stadt Münster, sondern die ganze Provinz, an den Festlichkeiten die seiner warten, theilnehmen; denn es ist anerkannt, daß Waldeck sich hier in Westfalen sehr viele warme Freunde zu erwerben gewußt hat. Der Ehrenhaftigkeit seines Charakters lassen auch wir volle Gerechtigkeit widerfahren, aber zwischen der Befriedigung, die es gewährt, ihn rein fleckenlos der schmutzigsten Intrigue gegenüber dastehen zu sehen, und dem Triumphe einer Partei, welche seine Freisprechung als Glorie für ihre Sache benutzen will, liegt ein großer Unterschied, und sie beide mit einander zu identificiren, dürfte ein arger Mißgriff sein. R. 3.

Schleswig-Holstein, 8. Dec. Beim Herannahen des Schlusses des sechsmonatlichen Termins, auf welchen der Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossen worden ist, wird es von Interesse sein, an die Bestimmungen über die Dauer des Waffenstillstands zu erinnern wie sie in den Art. 1 der Convention vom 10. Juli d. J. enthalten sind. Dieser Artikel lautet: „Vom Tage der Auswechsellung der Ratifikationen der gegenwärtigen Convention an gerechnet, sollen die Feindseligkeiten zu Lande und zur See vollständig eingestellt werden, während eines Zeitraums von 6 Monaten und über denselben hinaus noch während 6 Wochen nach Aufkündigung des Waffenstillstandes von der einen oder andern Seite. Wenn der gegenwärtige Waffenstillstand aufgekündigt würde, so sollen die preussischen und deutschen Truppen das Festland des Herzogthums Schleswig besetzen können, welches in diesem Fall von den neutralen Truppen, welche nach Art. V sich etwa noch daselbst befinden dürften, geräumt werden würde.“ Da nun die Auswechsellung der Ratifikationen dieser Convention am 17. Juli d. J. stattgefunden hat, so geht aus den vorstehenden Bestimmungen hervor: 1) daß der Waffenstillstand jedenfalls bis zum 17. Januar 1850 fortbauert; 2) daß er, wenn er mit dem 17. Januar aufhören sollte, sechs Wochen vor dem 17. Januar, also spätestens am 6. December d. J., von der einen oder der andern Seite gekündigt werden müßte; 3) daß er auch nach dem 17. Januar unverändert fortbauert, so lange nicht eine Kündigung von der einen oder der andern Seite erfolgt ist, und daß endlich 4) von dem Tage der erfolgten Kündigung an, wann dieselbe auch statt-